

109

Handel

26 Jan. 09 4<sup>15</sup>

# Schweizerische Gesandtschaft


in

Berlin.

Berlin, den 22. Januar 1909.

*von H. G. Arnold*

*Kopie an die  
4 Referate  
30/1/09*



Hochgeachteter Herr Bundespräsident,  
Hochgeachtete Herren Bundesrate,

Ich beehre mich, Ihnen anzuzeigen, dass ich eine Note an das Auswärtige Amt in Sachen der Mehlfrage unterm gestrigen Datum ganz nach dem mir mit Ihrer Depesche vom 19. ds.M. eingesandten Entwurf vorbereitet habe und diesen heute früh überbringen wollte, als mir vom Auswärtigen Amt die schriftliche Anzeige zukam, Herr von Schön könne heute nicht empfangen. Wie ich auch vermutete, war Herr v. Schön wie auch die Mehrzahl der Beamten des Auswärtigen Amtes wegen der Etatsberatungen in der Kommission des Reichstages seit gestern den ganzen Tag in Anspruch genommen. Auch Herrn v. Körner konnte ich nach einem vergeblichen Versuche erst heute Abend nach sechs Uhr begegnen.

Ich teilte ihm mit, ich überbringe die Antwort auf die Note des Herrn von Bülow, die er vielleicht schon kenne, da Letzterer eine Abschrift derselben erhalten habe; er verneinte dies mit der Bemerkung, er hoffe, diese Note werde nicht so lauten, wie ein Telegramm aus Bern an den Reichsanzeiger, welches angeblich den wesentlichen Inhalt derselben <sup>(unten)</sup> kurz gemeldet habe. (confere Anlage.)

Ich las ihm dann meine Note in extenso vor und konnte merken, wie er mit den Stellen, welche sich auf die Unterhandlungen mit unsern Müllern und die Schiedsgerichtsfrage bezogen, unzufrieden war. Als ich zu Ende war, sagte er mir, er müsse aufrichtig bedauern, dass mit so wenig Ent-

An den  
Schweizerischen Bundesrat,

B e r n .

**Schweiz.**  
Der Bundesrat hält in der vorgestern nach Berlin abgegangenen Note, betreffend die Mehlzollfrage, laut Meldung des „N. Z. B.“, unbedingt an seinem früheren Standpunkte sowohl hinsichtlich der einem Schiedsgericht zu unterbreitenden Frage als auch bezüglich eventueller Freigabe Mehlzolls fest. Die Note des Bundesrats erörtert auf eine weitere Lösung und nimmt ferner Bezug auf die den schweizerischen und deutschen Müllern zu führenden Verhandlungen.



## Schweizerische Gesundheitsreform

Berlin, den 22. Januar 1902.

gegenkommen die Vorschläge der Reichsregierung beantwortet werden und sofort begann er - immer und wieder, während

einem Gespräch von 5 Viertelstunden - darüber zu reden, dass

man hier fest darauf gerechnet hatte, der Bundesrat werde

auf die Müller einen starken Druck ausüben wollen. In die-

ser Hoffnung sei er durch Berichte des Herrn v. Bülow be-

stärkt worden, die schliessen liessen, der Bundesrat werde

mit grossem Ernst mit den Müllern sprechen; statt dessen

teile die Note mit, der Bundesrat besitze keine Mittel, um

auf die Entschliessungen der Interessenten einzuwirken.

Ich erinnerte dann, dass - und warum, der Bundesrat vom An-

fange an erklärt habe, bei den Unterhandlungen zwischen den

beidseitigen Müllern eine völlig neutrale Stellung beobach-

ten zu müssen; dies sei ja der Reichsregierung bekannt,

und jetzt wie früher fehle dem Bundesrate jede Handhabe,

um die Müller zum Abschlusse einer Vereinbarung zu bewegen,

die ihren Interessen nicht entspreche. Herr v. Körner sagte

dann, auch die Regierung habe keine Mittel, die deutschen

Müller zu zwingen; allein noch in den letzten Wochen habe

die Mannheimer Müller kommen lassen und in einer 3 stün-

digen Unterredung dieselben zum Nachgeben zu bewegen ver-

sucht, denselben vorgehalten, dass sie unsern Markt ganz

verlieren würden, wenn wir Zuschlagszölle oder ein Mehlmono-

pol einführen würden; so müsse man mit diesen Herren spre-

chen, denn sie seien nur für Argumente zugänglich, welche

auf ihr Geldinteresse Bezug haben. Er hatte gehofft, der Bun-

desrat werde mit den schweizerischen Müllern in gleicher

Weise sprechen. Auch erwähnte er, dass er den deutschen Müll-

ern gegenüber auf die Gefahr der französischen Concurrenz

aufmerksam gemacht habe, die Mehleinfuhr aus Frankreich nach

der Schweiz sei seit kurzem im Steigen begriffen; warum,

bemerkte er dabei, klage man nur gegen Deutschland, nicht

gegen Frankreich? Diese unglückliche Mehlfirage habe zur

## Schweizerische Gesandtschaft

in

Berlin.

Folge gehabt, dass unsere guten Beziehungen so untergraben wurden, dass man die Gefahr aus Frankreich übersieht?

Dann erging sich Herr v. Körner in seine bekannten Angriffe gegen unsere Müller, und ihr Syndikat, Herr Maggi, an der Spitze; sie verfolgen den Zweck, die kleinen Müller zu unterdrücken, sie haben zu enormen Preisen Konkurrenzunternehmen erworben, und weil sich diese nicht rentieren, haben sie versucht, durch Preiserhöhungen sich schadlos zu halten und den Bundesrat zur Vertretung ihrer Interessen zu gewinnen. Dann sprach Herr v. Körner von den Preisunterschieden in Mannheim und Zürich: sie betrug im Frühjahr 8 Frs. jetzt nicht mehr als 1 Fr! das beweise, wie recht die deutschen Delegierten in Zürich hatten, als sie behaupteten, dass die Preisunterschiede durch damalige Conjunktur und die Praxis der schweizerischen <sup>Müller</sup> entstanden seien. Jetzt seien die Preise des rumänischen und des russischen Weizens in Folge einer ergiebigen Ernte gesunken; auch hätten jetzt die schweizerischen Müller angefangen, südamerikanisches Getreide zu vermahlen, und sofort habe sich eine Ausgleichung zwischen den Preisen in Mannheim und Zürich eingestellt.

Ich versuchte die Frage der Freigabe unseres Mehlzoll zu erörtern und den unanfechtbaren Standpunkt des schweizerischen Bundesrates hinsichtlich des Beginns der Unterhandlungen zur Geltung zu bringen, dabei erwähnend, dass es der Reichsregierung um so eher möglich sei, und jetzt sofort die Bedingungen bekannt zu geben, unter welchen sie uns unseren Mehlzoll freigegeben könnte, als er (v. Körner) mir im Juli schon mitgeteilt hatte, dass bezügliche Erhebungen bei den interessierten Reichsämtern im Gange seien. Wir hoffen, die Reichsregierung werde uns das erbetene Entgegenkommen erweisen. Da kam er wieder auf den auf die Müller auszuübenden Druck zurück. Die Freigabe des

## Schweizerische Gesandtschaft

Berlin

schweizerischen Mehlsolles, meinte er, würde eine Erhöhung der Brotpreise in der Schweiz zur Folge haben; wenn, wie es scheint, der Bundesrat auf die Müller nicht einwirken will, weil durch das beabsichtigte Abkommen die Brotpreise in der Schweiz erhöht werden würden, so sollte er aus demselben Grunde die Freigabe unseres Mehlsolles nicht beantragen. Ich gab ihm zur Antwort, es liege ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Fragen vor: das beabsichtigte Abkommen zwischen den Müllern könnte als eine Bevorzugung einiger unserer Müller betrachtet und bemängelt werden; die Freigabe des Mehlsolles würde allgemein freudig begrüsst werden, denn Jedermann in der Schweiz weiss, dass die Mehrbelastung zum Zwecke der Erhaltung einer für das Land notwendigen Industrie geschehen *würde*.

Dann kam Herr v. Körner weit und breit auf Boykott und auf die feindlichen Aeusserungen unserer Tages- presse zu sprechen, welche auf unsere guten Beziehungen zwischen beiden Ländern so nachteilig gewirkt haben und den Conflict verschärfen. Er erwähnte wieder die Artikel, welche Herr Maggi während der Unterhandlungen des Abkommens erscheinen liess. Ich gab zur Antwort, wir hätten kein Pressbureau, womit wir die Presse beeinflussen können, und wenn in der Schweiz ein Boykottversuch gemacht werde, so könne dies dem Bundesrate ebensowenig zur Last gelegt, als der Reichsregierung der Vorwurf gemacht werden, sie stehe hinter denjenigen, welche unsere Fremdenindustrie oder unsere Produkte zu boykottieren empfehlen; dies seien Erscheinungen, welche ganz unabhängig von den Wünschen der Regierungen entstehen; <sup>Regierung</sup> ergab es im ganzen zu, versuchte aber nachzuweisen, dass auch unsere Mittel besitze, um solche Boykottversuche zu hintertreiben und namentlich die Presse zu einer objektiven Beurteilung der Frage zu verhalten." Würde zum Beispiel unser hochverehrte Freund

*Inc*

Herr Nationalrat Frey, meinte er, versuchen, ~~unsere~~ Presse in diesem Sinne zu beeinflussen, so würde ihm dies bei seiner hohen Begabung und seinem weitgehenden Einflusse sicherlich gelingen." Auch wiederholte er seine Vorwürfe gegen Herr Maggi und beklagte, dass die Note des Herrn von Bülow - was ich bestritt - Herrn Maggi in extenso vorgelegt worden sei.

In Betreff des Punktes unserer Note, die autonome Aenderung der Einfuhrscheinordnung, liess sich Herr v. Körner dahin aus, dass er selbst in Zürich gesagt habe, dass eine kleine Aenderung der Einfuhrscheinordnung bewilligt werden könnte; in dem Masse, wie eine solche in der bundesrätlichen Note angedeutet sei, könne sie nicht stattfinden, denn es gebe keine Exportprämie! Ich sollte, meinte er, als Kenner der deutschen Verhältnisse es doch wissen, dass der Fiskus nicht so verschwenderisch ist, als dass er Prämie zahle.

In Sachen des Schiedsgerichtes ~~trat~~ Herr v. Körner den in unserer Note enthaltenen Argumenten mit besonderer Stärke entgegen; Deutschland müsse, nachdem wir mit der Anwendung des Art. 4 unseres Zollgesetzes gedroht haben, darauf bestehen, dass die Rechtsfrage zunächst entschieden werde. Ich erwiderte, dass ~~unsere~~ gegenwärtige Note davon keine Erwähnung mache, und dass, wenn Deutschland so sicher sei, dass keine Prämie bestehe, es doch ohne Bedenken diese Frage dem Schiedsgericht unterbreiten könne. Er gab mir zur Antwort, dass das Schiedsgericht sich vermeiden lasse, wenn die Müller sich unter sich verständigen.

Zum Schluss kam ich wieder auf die Frage der Freigabe unseres Mehlzoll zurück und fragte, ob er mir sagen könne, wann wir auf eine Antwort auf diese Frage, bzw. auf unsere Note rechnen können, - und insistierte darauf, dass wir die Bedingungen der Reichsregierung kennen

müssen, bevor wir Rom und Belgrad in Sachen begrüßen.  
 Er machte geltend, dass das Auswärtige Amt, seitdem es  
 hieraufbezüglich mit den Reichsämtern verhandle, auf grö-  
 ßere Schwierigkeiten gestossen sei, als erwartet wurde,  
 Er wolle sein Möglichstes tun, sei aber auch hier davon  
 überzeugt, dass ein Abkommen zwischen den Müllern eher zum  
 Ziele führen dürfte.

Aus dieser Unterredung ergibt sich zur Genüge,  
 dass Herr v. Körner, d.h. das Auswärtige Amt auch jetzt hofft,  
 dass ein Abkommen zwischen den Müllern zu ermöglichen sein  
 wird, obgleich wie Herr v. Körner erwähnte, die deutschen  
 Müller auf die von denselben gestellte Bedingung, dass die  
 Menzzahl der schweizerischen Müller und Mehlhändler beizue-  
 ten, bestehen müssen. Beiläufig bemerke ich noch, dass Herr  
 v. Körner die Ansicht geäußert hat, dass, da die Unter-  
 handlung zwischen den beidseitigen Müllern von den schwei-  
 zerischen Müllern abgebrochen worden sei, die Wiederaufnah-  
 me der Verhandlungen schweizerischerseits beantragt werden  
 müsste. Aus alledem schliesse ich, dass die Antwort, die  
 wir erhalten werden, sich wieder stark mit der Frage der  
 Beeinflussung der schweizerischen Müller beschäftigen  
 wird.

Herrn v. Schön werde ich am Montag aufsuchen,  
 denn ich weiss, dass an diesem Tage die Commissionssitzung  
 des Reichstages für das Auswärtige Amt ausfällt, mithin  
 dass ich Chance habe, ihn an diesem Tage anzutreffen.; auch  
 wird er bis dahin von unserer Note voraussichtlich Kennt-  
 nis erhalten haben. Ich behalte mir einen weiteren Be-  
 richt vor.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, Herren  
 Bundesräte, den erneuten Ausdruck meiner ausgezeichnetsten  
 Hochachtung.

1 Anlage.

Der Gesandte der Schweiz :

*Alfred R. Meyer*